

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

40. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 12. Juni 2002, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)	Vorsitzende
Klaus-Dieter Müller (SPD)	
Wolfgang Fuß (SPD)	i.V. von Hermann Benker
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Arno Jahner (SPD)	i.V. von Bernd Schröder
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)	
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)	
Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)	
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i.V. von Karl-Martin Hentschel

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des MWTV zu Zuschüssen, Fördermitteln und Bürgschaften für die Firmen ISION, Basler AG und Micrologica AG	15
- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO vorgesehen -	
2. Aktuelle Situation bei der Flender Werft AG	19
- nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 GeschO vorgesehen -	
3. Vergabeunterlagen für SPNV-Leistungen	21
- nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV und § 17 Abs. 1 und 2 GeschO vorgesehen -	
4. Wirtschaftsbericht 2002	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1847	
5. Aktivitäten des MWTV zur Optimierung des Standortmarketings	6
hierzu: Umdruck 15/2074	
6. Pressemeldungen des MWTV zur Offensive des Landes für den Mittelstand	8
7. Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Wirtschaft	10
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1507	

8. Chancen der UMTS-Technologie für Schleswig-Holstein **11**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1823

9. Verschiedenes **11**

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 sind gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich beraten worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Punkt 4 der Tagesordnung

Wirtschaftsbericht 2002

Bericht der Landesregierung
Drucksache **15/1847**

Auf das Monitum von Abg. Schmitz-Hübsch, dass sich in der Vorlage zur „Wirtschaftslage im Handwerk“ nur ein kurzer Absatz befinde, erwidert AL Dr. Hass, dass man die Situation des Handwerks im nächsten Wirtschaftsbericht gern ausführlicher darstellen werde. Bei der Fassung des Wirtschaftsberichts 2002 sei es das Bestreben gewesen, den Bericht möglichst „schlank“ zu machen. Verbände und Kammern hätten jedoch explizit darum gebeten, den einen oder anderen Punkt ausführlicher anzusprechen. Insofern werte er auch die Kritik von Abg. Schmitz-Hübsch als Beitrag zu diesen Wünschen der jeweiligen Interessenverbände und Kammern.

Ohne weitere Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder die Drucksache 15/1847 zur Kenntnis und erklären ihre Beratungen hierüber für abgeschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Aktivitäten des MWTV zur Optimierung des Standortmarketings

hierzu: Umdruck 15/2074

M Dr. Rohwer betont einleitend, das Wichtigste für das Standortmarketing sei, dass alle mit gleicher Sprache den Standort Schleswig-Holstein lobten. Der beauftragte Gutachter habe wieder einmal festgestellt, dass dies bisher leider immer noch nicht geschehe. Dies betreffe sowohl politische Akteure als auch wirtschaftliche Akteure und viele andere.

Zum Verfahren weist M DR. Rohwer darauf hin, dass man eine gemeinsame Gruppe installiert habe, die auch die Vertreter der Wirtschaft einbeziehe mit dem Ziel, zunächst einmal eine Übereinstimmung darüber zu erzielen, dass die Aussagen, die Botschaften, die Cluster, die man in der Analyse definiert habe, von allen geteilt würden. Das erste Ziel sei so gewesen, eine breite Übereinstimmung über die Ergebnisse des Gutachtens zu erzielen.

M Dr. Rohwer geht sodann der Frage nach, welche Aufgaben unterhalb einer neuen Imagekampagne, die man überlege, in der Struktur der Akquisition erfüllt werden müssten. Diesbezüglich habe man die WSH intern aufgefordert, auf der Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens zu prüfen, ob die Aufgabenzuordnung in der WSH angemessen sei, ob das Gewicht zwischen Inlands- und Auslandsakquisitionen angemessen sei, ob die Beratungsdienstleistungen in der WSH richtig verteilt seien im Vergleich zu den Aufgaben der Beratungsdienstleistungen bei den Industrie- und Handelskammern und anderen Partnern. Hierzu gehörten auch Fragen der personellen Ressourcenverteilung.

Der Gutachter habe festgestellt – so fährt M Dr. Rohwer fort -, dass Schleswig-Holstein ein Defizit im „Customer relationsmanagement“ habe. Dies heiße, einige der hier in Rede stehenden Akteure verfügten nicht über eine systematische Aufbereitung in Bezug auf ihre Kunden. Man habe zum Teil die Zielgruppe nicht richtig erfasst, man fasse nicht immer nach, wenn man einmal Gespräche geführt habe, man mache vielleicht ein Mailing, aber spreche nicht mit den Zielgruppen; man spreche zum Beispiel auch nicht regelmäßig mit den Unternehmen, die einmal gefördert worden seien, die man anschließend auch fragen müsse, was zu geschehen habe, um sie an Schleswig-Holstein zu binden. Dieses System des „Customer relationsmanagement“ sei verbesserungsbedürftig. Dies gelte primär für den Bereich der WSH, gelte aber auch für Einrichtungen der IHKs, der Technologieförderung und für das Ministerium.

Als weiterer Aufgabenbereich sei dann der gemeinsame „werbliche“ Auftritt nach außen zu nennen. Hierbei handele es sich um den schwierigsten Bereich, weil er mit Ressourcen von mehreren Millionen Euro verbunden sei. Die Frage, ob man für den Standort Schleswig-Holstein eine Imagekampagne starten solle, sei noch nicht entschieden. Bekanntlich schlage dies der Gutachter vor, aber angesichts der Haushaltssituation werde man enorme Schwierigkeiten haben, dafür Geld einzuwerben. Über diese Frage müsse man sich auch im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal unterhalten. Das MWTV werde nach den bisherigen Überlegungen für 2003 noch keine Mittel in bedeutender Höhe benötigen. Man werde eine Initiative vorbereiten, die Ende 2003 starten solle, damit sie vor dem Wahlkampf, der Ende 2004 einsetzen werde, abgeschlossen sei. Aber auch hier müsse er, M Dr. Rohwer, noch einmal betonen, dass es einen erheblichen Finanzierungsvorbehalt gebe. Diese Finanzierung werde auch nur unter Beteiligung privater Unternehmen realistisch sein.

Abg. Aschmoneit-Lücke nimmt sodann Bezug auf die Bemerkung auf Seite 6 des Gutachtens - Umdruck 15/2074 -, wo es heiße: „Die spontane Assoziation der befragten Unternehmen zum Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein wird von Freizeitattributen dominiert.“ Für sie stelle sich die Frage, ob dann, wenn einer Imagekampagne näher getreten werden sollte, Schleswig-Holstein nicht doch gut beraten wäre, dieses Image, das ihrer Meinung nach nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch außerhalb Schleswig-Holsteins mit den Merkmalen „Sand, Wasser, Luft“ bestehe, zu verstärken, als immer massiv mit dem Hinweis dagegen anzugehen, man sei nicht nur das Land mit Sand, Wasser, guter Luft, sondern sei auch etwas ganz anderes. Sie habe von Werbefachleuten immer gehört, dass es sinnvoll sei, das bestehende positive Image zu verstärken, anstatt ständig dagegen anzugehen.

M Dr. Rohwer erwidert, interessanterweise hätte die Gutachten empfohlen, dass sich Schleswig-Holstein bei seinem Wirtschaftsimage, bei seinem Innovationsimage ein Stück von dem Freizeit- und Urlaubsimage entfernen sollte, wenn das Land hier erfolgreich sein wollte; denn die Untersuchung komme zu dem Ergebnis, dass Schleswig-Holstein zu sehr als ein Freizeit- und Urlaubsland eingeschätzt werde, in dem wirtschaftlich „nichts los“ sei. Dies würde dann in der Tendenz die Meinung verstärken, dass es auch nicht attraktiv sei, wirtschaftlich Neues von außen in dieses Land zu transportieren. Insofern gebe es sowohl die Position, ein vorhandenes Image zu verstärken, als auch die, ein neues Image aufzubauen. Im Augenblick neige er, M Dr. Rohwer, dazu, die erfolgreichen Tourismusmarketingaktivitäten fortzusetzen und daneben ein Wirtschaftsstandort-Marketing zu setzen, das neben der Freizeit- und Tourismusbotschaft eine neue Botschaft zum Inhalt habe. Eine Entscheidung – wie gesagt – sei jedoch noch nicht gefallen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Pressemeldungen des MMTV zur Offensive des Landes für den Mittelstand

Abg. Schmitz-Hübsch nimmt Bezug auf die dpa-Meldung des MMTV, in dem eine Offensive des Landes für den Mittelstand gefordert werde. Darin spreche der MMTV von fünf Kernproblemen, die in der Analyse auch von der CDU so gesehen würden. Die Frage für sie, Abg. Schmitz-Hübsch, sei jedoch, was die Landesregierung tue, um diese Probleme zu lösen. Des Weiteren müsse sie vor diesem Hintergrund die Frage stellen, weshalb die Mehrheit vor einem Jahr gegen den Antrag der CDU gestimmt habe, der die auch vom MMTV erhobenen Forderungen enthalten habe. Wäre man damals dem Antrag der CDU gefolgt, hätte man wichtige Zeit gewinnen und schon längst im Bundesrat aktiv werden können.

M Dr. Rohwer erklärt, die Offensive für den Mittelstand bestehe selbstredend nicht darin, dass er zu diesem Problem eine Pressemeldung herausgegeben habe, sondern in den bereits eingeleiteten Aktivitäten beziehungsweise den Aktivitäten, die von der Landesregierung fortgesetzt werden sollten. Der Antrag der CDU habe leider nicht die Deutlichkeit gehabt wie die fünf Punkte, die er, M Dr. Rohwer, der Öffentlichkeit vorgestellt habe.

Zur Umsetzung der Initiative erklärt M Dr. Rohwer sodann, er habe mit den Wirtschaftsministern der A-Länder vereinbart, einen Katalog auszuarbeiten, der sich grundsätzlich an den von ihm in der Pressemeldung genannten fünf Punkten ausrichte, die dann gemeinsam auf bundespolitischer Ebene bewegt werden sollten. Er habe diese Absicht auch in der Gesamtwirtschaftsministerkonferenz angesprochen und mitgeteilt, dass man dieses Vorhaben auf den Weg bringen wolle. Sein Ziel sei es, bis zur nächsten Wirtschaftsministerkonferenz nach der Sommerpause einen solchen Katalog vorzulegen. Zugleich werde er die Vorschläge, die er auf Bundesebene unterbreite, auch mit den Wirtschaftspartnern in Schleswig-Holstein abstimmen.

Darüber hinaus enthalte der Katalog auch einige Maßnahmen, die in Schleswig-Holstein gemacht würden. Er sei seines Wissens der erste Wirtschaftsminister gewesen, der im Landtag bei der KMU-Finanzierung Konsequenzen gezogen habe. Das Land habe einen neuen Fonds aufgelegt, man habe die eigenkapitalähnlichen Darlehen erhöht und man habe die GA-Sätze aufgestockt. Dies seien drei wichtige Maßnahmen, die in diesem Jahr realisiert worden seien, um angesichts von Basel II und anderen Dingen die Finanzierungsbedingungen im Mit-

telstand zu verbessern. Er habe mit der Bauwirtschaft einen Fünf-Punkte-Katalog erarbeitet, der auch deutlich die Aufteilung in Teil- und Fachlose fordere. Dies sei in anderen Bundesländern in dieser Deutlichkeit so nicht geschehen. Beim Tariftreuegesetz gebe es in einigen B-Ländern Positionen, die der Bauwirtschaft nicht förderlich seien. In dieser Hinsicht sei Schleswig-Holstein vorbildlich, was das Engagement für den Mittelstand angehe. Beim Thema Bürokratieabbau könne er, M Dr. Rohwer, weiter auf den von Schleswig-Holstein ausgehenden Vorschlag hinweisen, die Statistikpflichten zu reduzieren. Per saldo sei nachher aufgrund der verschiedenen Interessenlagen in den einzelnen Bundesländern das Ergebnis jedoch relativ dünn gewesen. Schließlich habe das Land bei der Landesbauordnung ein gutes Stück selbst gemacht. Aber selbstverständlich könne man immer darüber streiten, ob bezüglich der Genehmigungsvorbehalte genügend weit gegangen worden sei.

Auf die Frage von Abg. Schmitz-Hübsch, was M Dr. Rohwer unter dem Stichwort „Flexibilitätsbremse auf dem Arbeitsmarkt“ verstehe, erklärt dieser, dass er dabei insbesondere zwei Punkte im Auge habe: den Niedriglohnsektor und die Tariferöffnungsklausel. Mit diesen Stichpunkten würden nur zwei Beispiele angesprochen, wie man auf dem Arbeitsmarkt zu einer stärkeren Flexibilisierung kommen könne. In dem von ihm, M Dr. Rohwer, angekündigten Papier würden sich hierzu - wie auch darüber hinaus - Vorschläge finden. Grundsätzlich - so M Dr. Rohwer auf eine weitere Frage von Abg. Schmitz-Hübsch - sollte das Mittelstandsland Schleswig-Holstein dafür werben, dass bei allen Maßnahmen geprüft werde, wie sie sich auf den Entscheidungsspielraum mittelständischer Unternehmen auswirkten.

Abschließend spricht Abg. Schmitz-Hübsch noch einmal ihr Bedauern darüber aus, dass es auf der Grundlage des CDU-Antrages vor einem Jahr nicht zu einer Einigung gekommen sei. Damit sei in der Folge kostbare Zeit für Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes vertan worden; denn allein vier der Forderungen des Wirtschaftsministers seien in dem CDU-Antrag enthalten gewesen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Wirtschaft

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1507

Abg. Schmitz-Hübsch erklärt, der Antrag Drucksache 15/1507 enthalte durchaus einige Punkte, mit denen die CDU-Fraktion einverstanden sei, aber die Hauptaufgabe, die der Staat für die Integration zu leisten habe, nämlich die Förderung von Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache, komme hier leider nur in einem Nebensatz vor. Sie fragt, ob es auch in Schleswig-Holstein ähnliche Überlegungen wie in Hamburg gebe, wo ausländische Kinder ein Jahr vor der Einschulung einem Sprachtest unterzogen werden sollten, um sie dann, wenn die Sprachkenntnisse noch nicht ausreichend seien, einem speziellen Sprachtraining zuzuführen. Diese Sprachkenntnisse seien ja eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dem Unterricht auch folgen zu können.

Abg. Herdejürgen erwidert, dass die SPD-Fraktion außerhalb dieses Antrages in einer weiteren Initiative, die die nächste Landtagstagung beschäftigen werde, ergänzende Punkte betr. Bildungspolitik und Kindertagesstätten aufgreifen werde.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag, der den Ausschüssen zur abschließenden Beratung überwiesen wurde, bei Enthaltung der CDU angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Chancen UMTS-Technologie für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1823

Ohne weitere vertiefte Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht, der vom Landtag zur abschließenden Beratung überwiesen wurde, zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder kommen überein, an die für den 25. September vorgesehene Haushaltssitzung – gemeinsam mit dem Finanzausschuss – eine interne Beratungssitzung anzuschließen.

Abg. Schmitz-Hübsch erbittet für eine der nächsten Sitzungen eine Information durch das MWTV zum neuen Landesnahverkehrsplan. – Diesem Wunsch schließt sich der Ausschuss einvernehmlich an.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Strauß

Vorsitzende

gez. Neil

Geschäfts- und Protokollführer